

## **Endlich in die Hafeninfrastuktur investieren**

Die Bremischen Häfen sind von nationaler und internationaler Bedeutung. Innerhalb Europas zählen die Bremischen Häfen zur so genannten Nordrange und stehen im stetigen Wettbewerb mit Rotterdam, Antwerpen und Hamburg. Die Bremischen Häfen in Bremerhaven umfassen den Container-Terminal, das Auto-Terminal und das Kreuzfahrtterminal. Verwaltet werden diese Häfen trotz seiner Nähe und wirtschaftlichen Bedeutung für Bremerhaven von BremenPorts und liegen somit in der Verantwortung der Stadt Bremen.

Um im Wettbewerb mit anderen Häfen bestehen zu können, sind Investitionen in die Hafeninfrastuktur unerlässlich. Fehlende Investitionen der Landesregierung in die Häfen, insbesondere den Containerhafen, haben Spuren hinterlassen.

Das Bremerhavener Containerterminal 1-3a erfüllt nicht mehr die Anforderungen, die riesigen Containerschiffe aufzunehmen und abfertigen zu können. Die Neukonzeption des Terminals mit einem Investitionsvolumen von einer Milliarde Euro kommt jedoch nur langsam voran. Darüber hinaus fordern wie eine Lösung für die Ertüchtigung der Westkaje in Richtung Süden.

Der Zusammenbruch der Nordschleusenbrücke mit Gleisanschluss zur Columbusinsel ist symptomatisch. Aufgrund der Bedeutung der verkehrlichen Erreichbarkeit der Columbusinsel darf der Ersatz der Drehbrücke zwischen Kaiserhafen und Columbusinsel nicht bis 2030 auf sich warten lassen.

Der EnergyPort soll zum Zentrum der Energiewende mit nationaler Bedeutung werden und damit zur künftigen Versorgungssicherheit in Deutschland beitragen. Dafür muss die Finanzierung endlich über die bewilligten Planungsmittel hinaus vorgebracht werden und Gespräche über eine Co-Finanzierung mit dem Bund aufgenommen werden.

## **Der Kreisparteitag möge beschließen:**

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass:

1. der Bremer Senat bereits in den Haushalten 2024 und 2025 finanzielle Mittel für die oben beschriebenen Projekte bereitstellt.
2. die Bremer Landesregierung die Realisierung des EnergyPorts aufgrund dessen nationaler Bedeutung für die Energiesicherheit der Bundesrepublik Deutschland vorantreibt und weitere finanzielle Mittel bereitstellt sowie Gespräche mit dem Bund über eine Co-finanzierung aufnimmt.
3. der Senat umgehend Gespräche mit den anderen norddeutschen Ländern und mit dem Bund aufnimmt, um eine faire finanzielle Ausstattung in die Hafeninfrastuktur der norddeutschen Länder kurzfristig sicherzustellen.